

2016-02-18

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 27.01.2016

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:16 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Leitung der Sitzung: Herr Lothar Ehm, Stadtratsvorsitzender
Herr Frank Hoffmann, 1. Stellvertreter
Frau Angelika Storz, 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 46**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der SPD

Dreibrodt, Hans-Peter	entschuldigt
Tschammer, Hans	entschuldigt

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Bönecke, Matthias	entschuldigt
-------------------	--------------

Fraktion der AfD

Hernig, Andreas	entschuldigt
-----------------	--------------

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Auszeichnung der Stadt Dessau-Roßlau mit dem European Energy Award

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete den Tagesordnungspunkt und gratulierte Herrn Stadtrat Kleinschmidt zu seinem heutigen Geburtstag.

Im Anschluss begrüßte **Herr Ehm** Frau Staatssekretärin Keding, Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Dütz, Geschäftsführer der Bundesgeschäftsstelle des European Energy Award sowie Herrn Mühlstein von der Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt.

Herr Marko Mühlstein, Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt, erhielt das Wort und legte dar, dass es eine große Ehrung und Anerkennung ist, heute im Rahmen der Stadtratssitzung die Preisverleihung des European Energy Award in Dessau-Roßlau, als erste Kommune in Sachsen-Anhalt, durchführen zu können. Die Stadt Dessau-Roßlau hat viel geleistet, um diese Auszeichnung zu bekommen und liegt bei vielen Einzelmaßnahmen deutlich über die geforderten 50%. Er dankte für die sehr konstruktive Zusammenarbeit, welche in den kommenden Jahren im Rahmen des European Energy Awards fortgesetzt werden sollte.

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies darauf, dass die Auszeichnung mit dem European Energy Award für überdurchschnittliche Leistungen in der kommunalen Energie- und Klimaschutzpolitik steht. Besonders erfreulich ist, dass Dessau-Roßlau die erste Stadt in Sachsen-Anhalt ist, die diese Ehrung bekommt. Bereits in der Vergangenheit hat sich die Stadt den Herausforderungen des Klimaschutzes gestellt. Zu nennen sind insbesondere der Beitritt zum Klimabündnis, die Beteiligung an der Imagekampagne SolarLokal, die Realisierung einer großen Kraftwärmekopplungsanlage im Kraftwerk Dessau, der Aufbau eines Energiemanagements für die städtischen Liegenschaften und besonders die Erstellung konzeptioneller Grundlagen zum Klimaschutz, wie das Klimaschutzkonzept, welches 2010 vom Stadtrat beschlossen wurde. Mit dem Warmwasserspeicher geht auch die DVV in die energiepolitische Zukunft. Für die frühen Anfänge ist der Energietisch zu erwähnen. Seinen Dank sprach er insbesondere Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt – und Naturschutz aus, ohne deren Bemühungen heute keine Auszeichnung stattfinden würde. Er dankte den Klimamanagern Frau Behrendt und Herrn Willeke, allen Ämtern der Verwaltung, den Eigenbetrieben, den beteiligten Vereinen und der Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt für die finanzielle Förderung sowie Herrn Uhlig, dem Geschäftsführer der Kommunalentwicklung Mitteldeutschland, der als externer Berater diesen Prozess begleitet hat.

Herr Oberbürgermeister Kuras versicherte, dass die Stadt Dessau-Roßlau diesen Prozess weiterführen wird. Die Stadträtinnen und Stadträte haben am 28. Oktober 2015 dazu ein energiepolitisches Arbeitsprogramm beschlossen, was eine der Grundvoraussetzung für die weitere Arbeit ist. Klimaschutz und Energieeffizienz sind bedeutende Aufgaben, die in Zukunft unser Handeln und unsere Entscheidungen noch stärker beeinflussen. Dass die Stadt Dessau-Roßlau auf dem richtigen Weg ist, zeigt die heutige Auszeichnung. Herr Oberbürgermeister Kuras beendete seinen Redebeitrag mit den Worten: „Gestalten wir gemeinsam die Zukunft, bevor die Zukunft uns gestaltet.“

Frau Staatssekretärin Anne-Marie Keding, Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt, bemerkte, dass die Verleihung des European Energy Award an die erste Kommune in Sachsen-Anhalt es wert ist, hier zu sein und das Engagement der Stadt Dessau-Roßlau in Bezug auf den Klimaschutz zu würdigen. Sie ging auf den Klimawandel ein, der auch für Sachsen-Anhalt, insbesondere hinsicht-

lich der Veränderung der Regenniederschlagsmenge, Auswirkungen haben wird. Auch auf länger ausgeprägte Hitzeperioden müssen sich die Städte einstellen, weshalb eine Stadt langfristig an das Stadtklima denken muss. Frau Keding brachte ihre Begeisterung zum Ausdruck, dass die Stadt Dessau-Roßlau das schon sehr früh aufgenommen und auch als erste Stadt in Sachsen-Anhalt einen Klimamanager eingestellt hat.

In allen 6 Maßnahmebereichen – Versorgung, Entsorgung, Mobilität, interne Organisation, Kommunikation und Kooperation – hat die Stadt Dessau-Roßlau die notwendige Punktezahl von 50% erreicht, um diesen European Energy Award zu bekommen. Es handelt sich um eine systematische Erfassung aller kommunalen Aktivitäten und es ist auch eine aufeinander abgestimmte Bewertung vorgenommen worden. Voraussetzung für diesen Erfolg ist die zeitige gemeinsame Arbeit des Stadtrates und der Stadtverwaltung mit diesem Thema. Abschließend überbrachte sie die besten Grüße des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt, Dr. Aeikens.

Herr Dr. Dütz, Geschäftsführer der Bundesgeschäftsstelle European Energy Award in Europa und Deutschland, bedankte sich zunächst für die Einladung der ersten Kommune, die mit dem European Energy Award ausgezeichnet wird. Die Stadt, die vor vielen Jahren die entscheidenden Impulse für eine neue Form der Architektur geprägt hat, schickt sich jetzt an, neue Impulse in Richtung Energieeffizienz und Klimaschutz zu setzen. Er dankte für die Bemühungen und das Erreichte. Ohne ein gut funktionierendes Energieteam vor Ort, sei es nicht möglich, den European Energy Award so überzeugend zu erreichen, weshalb er Herrn Hantusch, Frau Behrendt und Frau Dr. Kegler seinen Dank aussprach. Auch dankte er dem Land für das Engagement in der Hoffnung, dass Mittel und Wege für eine weitere Finanzierung der anderen engagierten Kommunen Sachsen-Anhalts, gefunden werden. Es lohnt sich für die Kommunen, sich mit dem European Energy Award zu beschäftigen im Hinblick auf mögliche Kosteneinsparungen, z. B. im öffentlichen Gebäudebestand, in der öffentlichen Straßenbeleuchtung, in der CO₂-Minderung, in der effizienten Verwaltungsorganisation, in der aktiven und intensiven Bürgerbeteiligung und auch für die kommunale Wertschöpfung durch Aufträge an das örtliche Handwerk und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Vor 15 Jahren wurde auf europäischer Ebene mit dem European Energy Award begonnen. Es machen aktiv 9 Länder mit über 1.300 Kommunen in Europa beim European Energy Award mit. Etwa die Hälfte ist zertifiziert und etwa 10% der Kommunen schaffen es, den European Energy Award in Gold zu erreichen, also die 75% Hürde zu überspringen. In Deutschland machen 320 Kommunen und Landkreise beim European Energy Award mit und pflegen einen intensiven Erfahrungsaustausch. Dieser sollte genutzt werden, denn es könne immer von anderen Kommunen dort erfolgreich Erprobtes aufgenommen werden. Weitere Daten und Fakten zum European Energy Award hat er an Frau Dr. Kegler übergeben. Dessau-Roßlau findet man im letzten Viertel der in Deutschland ausgezeichneten Kommunen. Es gibt Kommunen, die 90% der erreichbaren Punkte geschafft haben. Die Stadt Dessau-Roßlau hat aber in einer sehr kurzen Zeit einen tollen Erfolg erreicht.

Durch die Bundesgeschäftsstelle European Energy Award erfolgte die Auszeichnung mit der Überreichung des European Energy Award-Zertifikates stellvertretend für die

Stadt an Herrn Oberbürgermeister Kuras sowie ein Gruppenfoto u. a. mit den anwesenden Mitgliedern des Energieteams.

2 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete die 13. Sitzung des Stadtrates, stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 46 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

3 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf einen Änderungsantrag der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen zum Tagesordnungspunkt 8.3 – Entsendung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport. Anstelle von Herrn Ralf Zaizek soll Herr Christian Just berufen werden. Weiterhin verwies er auf eine redaktionelle Änderung zum Tagesordnungspunkt 8.18 – 6. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau für den Ersatzneubau Schwimmhalle mit Ausgleichsflächen/Abwägungs- und Feststellungsbeschluss. In der Anlage 1, Seite 5 der Beschlussvorlage ist unter Anlage 6 das Datum vom 18. Dezember 2015 auf den 30. November 2015 zu korrigieren.

Die Tagesordnung wurde mit den genannten Änderungen einstimmig bestätigt (46:00:00).

4 Genehmigung der Niederschrift vom 09.12.2015

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt (46:00:00).

5 Berichte des Oberbürgermeisters

5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies zunächst auf die in der Stadt Dessau-Roßlau stattgefundenen Neujahrsempfänge und wünschte allen, die er noch keine guten Wünsche für 2016 übermitteln konnte, ein gutes Jahr 2016. Er verwies auf die Vielzahl bevorstehender Aufgaben, welche es mit den neuen Beigeordneten abzuarbeiten gilt.

Auf die Geschehnisse der ersten Wochen und die anstehenden Aufgaben eingehend, verwies er zunächst auf die Besetzung der Stelle der Geschäftsführung der **Stadtmarketinggesellschaft**.

Am 28.01.2016 werden sich 4 Bewerber dem Aufsichtsrat der Stadtmarketinggesellschaft und dem Haupt- und Personalausschuss vorstellen.

Standort Wolfgangstraße: Dem VorOrt e.V. wurde am 18. Januar 2016 ein Fördermittelbescheid über 471.000 Euro übergeben, mit dem vor allem Vereinsaktive der Hochschule Anhalt in die Lage versetzt werden, diesen Standort langfristig zu entwickeln.

Schade-Brauerei: Dank des Engagements der IDT Biologika wird auf der Brachfläche der ehemaligen Schadebrauerei ein modernes Schulungs- und Kongresszentrum entstehen. Damit wird nicht nur ein alter städtebaulicher Missstand behoben, sondern es zeichnet sich zugleich eine vielversprechende Symbiose zwischen diesem Projekt, der Umgestaltung der Kavalleriestraße und dem künftigen Bauhausmuseum ab. Damit wurde der Stadtratsbeschluss vom 09. Dezember 2015 rasch vollzogen. Am 23.12.2015 wurde der Kauf- und Kooperationsvertrag unterschrieben und in einer Pressekonferenz verkündet. Die vorbereitenden Bauarbeiten haben bereits begonnen.

Landesgartenschau 2022: Am 25. Januar wurde das Büro ausgewählt, welches eine Machbarkeitsstudie für unsere Stadt für die Landesgartenschau erstellt.

Breitbandausbau: Die Stadt hat im Dezember die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie an ein zertifiziertes Breitbandberatungsunternehmen (GRK Potsdam) in Auftrag gegeben. Ebenfalls angelaufen ist die im Verfahren geforderte Marktkonsultation, welche bis Mitte März läuft. Im Anschluss erfolgt die Netzstrukturplanung, die Voraussetzung für den eigentlichen Ausbau ist.

Stadtbezirksbeiräte: Vorbehaltlich der heutigen Beschlussfassung werden nun auch die Bereiche unserer Stadt, die nicht durch Ortschaftsräte vertreten sind, unmittelbare Interessenvertreter haben. Die Sitzungsorte für die fünf Beiräte sind organisiert. Die konstituierenden Sitzungen sind in der Zeit vom 08. – 22. Februar 2016 vorgesehen. Auch hier wurde der politische Wille des Stadtrates umgesetzt.

Ein Dauerthema ist die **Flüchtlingssituation**. Die Flüchtlingslage ist in unserer Stadt, dank der Unterstützung vieler Akteure, noch beherrschbar. Natürlich verlangt sie allen Beteiligten größte Anstrengung ab. Die Integration der Menschen mit Bleiberecht ist ein Kernthema und u. a. Gegenstand der Koordinierungsgruppe Asyl, die unter der Leitung des Oberbürgermeisters 14-tägig zusammenkommt. Verstärkung hat die Verwaltung Anfang Januar 2016 mit dem neuen Integrationskoordinator, Herrn Altmann, bekommen. In der temporären Gemeinschaftsunterkunft in Roßlau sind am 18. Januar 2016 die ersten 6 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge eingezogen. Für die Versorgung und Betreuung wurde die St. Johannis GmbH vertraglich gebunden. Im Übrigen wurden der Stadt seit Weihnachten keine Flüchtlinge mehr zugewiesen. Die nächsten Zuweisungen sind für die sechste Kalenderwoche angekündigt.

Wirtschaft

Zum Neujahrsempfang der Dessau-Roßlauer Wirtschaft am 8. Januar 2016 wurden drei Unternehmer mit dem **Unternehmerpreis bzw. Unternehmersonderpreis 2015** ausgezeichnet:

- **Frau Annet Loibl und Herr Andreas Brand** von der Trennwand Bau Dessau GmbH
- **Herr Carsten Wagner** von Wagner Tuning (Sonderpreis)
- **Frau Dr. Juliane Böttcher-Lorenz** vom MVZ Labor Dessau GmbH (Sonderpreis)

Sport

Die **2. Auflage des Cups der Bundesligatraditionsmannschaften (Heise Masters genannt)** am 27. Dezember 2015 war die erste Veranstaltung, die durch den Verein Anhalt Sport e.V. in Kooperation mit dem Referat für Sportförderung veranstaltet wurde.

Am 8. Januar 2016 fand die **7. Auflage des Hallenfußballturniers um den „FORD-Cup“** statt, welches erstmalig mit acht Mannschaften gespielt wurde. Über 1.200 Zuschauer verfolgten das Finale mit dem späteren Sieger Kickers Offenbach gegen den heimischen SV Dessau 05.

Am letzten Sonntag durften über 2000 Zuschauer die **17. Auflage des internationalen Handballturniers der Männer um den „Peugot-Cup“** miterleben. Es gab ein leistungsstarkes Teilnehmerfeld mit mehreren Erstbundesligamannschaften. Sieger wurde der Zweitligist GWD Minden. Er verwies auf das am kommenden Wochenende stattfindende größte U11 Fußballturnier Deutschlands in der Anhalt-Arena.

Kultur

Am 10. Dezember 2015 fand die **Jahrestagung der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland** im Technikmuseum zum Thema Mobilität statt.

Am 20. Januar 2016 wurde im Beisein von Herrn Kultusminister Dorgerloh eine Ehrentafel enthüllt, die auf einen Welterbe-Schatz aufmerksam macht. Schon im Oktober 2015 wurden auf Antrag des Leibniz-Instituts für Europäische Geschichte in Mainz 14 ausgewählte Zeugnisse Martin Luthers in das Weltdokumentenerbe der UNESCO aufgenommen. Ein Dokument – **Luthers Römerbrief-Vorlesung** – befindet sich im Bestand der Anhaltischen Landesbibliothek Dessau. Am gestrigen Abend wurde dieses Dokument eindrucksvoll in der Marienkirche vorgestellt und anschließend in der Wissenschaftlichen Bibliothek präsentiert. Es kann noch in der kommenden Woche im dortigen Festsaal angeschaut werden. Er dankte Herrn Dr. La Salvia für die qualitative Gestaltung des Abends.

Eine gute Meldung kann aus dem **Tierpark** gegeben werden, denn dieser verzeichnete 2015 einen Besucherrekord. Es besuchten 92.532 Gäste den Tierpark, so viele, wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Im Dezember waren es immerhin noch ca. 4.200 Besucher.

Herr Oberbürgermeister Kuras schloss seinen Bericht mit einem Ausblick auf die nächsten Veranstaltungen:

- Karnevalumzug am 07. Februar 2016
- Kurt-Weill-Fest vom 26. Februar bis zum 13. März unter dem Motto: „Krenek, Weill und die Moderne“.

- Öffnung der Museen Ende Februar nach Ende der Blockschließzeit für beide Einrichtungen mit je einer Ausstellungseröffnung am
 . 31.01.2016 – Ausstellung „Natur erleben- Schutzgebiete in Sachsen-Anhalt im Museum für Naturkunde und Vorgeschichte
 . 14.02.2016 – Ausstellung „Eisfrei, Kunst, Dokumentation und Erfahrung – Schlittschuhlaufen im Gartenreich.“

5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab die in der Sitzung des Stadtrates am 09.12.2015 gefassten Beschlüsse bekannt:

Grundstücksangelegenheit: Vergabe der Immobilie "Wolfgangstraße 13" in Erbbaurecht an den "VorOrt e.V. Dessau"

Grundstücksangelegenheit: Verkauf von Teilflächen im Bereich Lange Gasse

Rahmenvereinbarung mit dem Saarländischen Schwesternverband e.V. vom 19.07.2012 / 09.07.2012 – 1. Nachtrag

6 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Herr Swen Behrendt, wohnhaft Pappelgrund 30 in Dessau-Roßlau, bezog sich auf seine Fragen in der Stadtratssitzung am 29.10.2015, ob es möglich ist, die schriftlich erteilen Antworten auf die Fragen der Einwohnerfragestunden den Niederschriften beizufügen und warum die Geschäftsordnung nicht eingehalten wird. Auf seinen Hinweis in der Sitzung des Stadtrates am 09.12.2015, dass er noch keine Antwort erhalten hat, wurde diese erneut zugesagt. Jedoch liege ihm bis heute keine schriftliche Antwort und auch kein Zwischenbescheid vor. Auch seine in der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt gestellte Frage wurde noch nicht beantwortet. Im Haupt- und Personalausschuss reklamierte er fehlende Niederschriften, im Ausschuss für Finanzen am 20.01.2015 waren Teile der Niederschrift nicht vorhanden, was nach Auskunft der Verwaltung auf das Fehlen eines Hakens im Programm zurückzuführen ist und bis zum 22.01.2016 behoben werden sollte. Einer Bürgerin, die in der letzten Sitzung des Stadtrates Anfragen gestellt hatte, wurde auch eine schriftliche Beantwortung zugesagt, welche ebenfalls nicht erfolgt ist. Er stellte an den Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm, die Frage, aus welchem Grund die Problematik nicht behoben wurde.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, erwiderte, dass Herr Behrendt eine schriftliche Antwort erhalten hat. Diese beinhaltet u. a., dass die Anfragen zum Teil unzulässig sind. Eine Klärung sei auch in einem Gespräch möglich. Die Anfragen, welche die Ausschüsse betreffen, sollten in den entsprechenden Gremien gestellt werden, da diese selbstständig arbeiten und die Protokolle in den jeweils zuständigen Dezernaten in Eigenverantwortung gefertigt und vom Stadtrat nicht kontrolliert werden.

Die an Herrn Behrend verschickten Antworten werden künftig in den Sitzungen des Stadtrates vorliegen.

Herr Oberbürgermeister Kuras ergänzte, dass die Protokolle fertiggestellt und mit den Anlagen einsehbar sind. Des Weiteren hat er gestern ein Antwortschreiben bezüglich der Geschäftsordnung an Herrn Behrendt unterschrieben, welches sich nun auf dem Postweg befinden müsste.

Frau Gerlinde Lechler, wohnhaft in der Gropiusallee 3 bei Bayer in Dessau-Roßlau, bezog sich auf eine Beratung mit dem Blinden- und Sehschwachenverband am 26.10.2015. Infolgedessen hatte sie am 27.10.2015 ein Schreiben an das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung gerichtet, in dem sie die Gefährdung der Rollstuhlfahrer und Blinden auf den Straßen thematisiert. Zu diesem Schreiben wurde ihr am 19.11.2015 ein Zwischenbescheid erteilt mit dem Hinweis, dass das Anliegen an das Tiefbauamt weitergegeben wurde. Da sie noch keine Antwort erhalten hat, fragte sie, wie lange sie sich noch gedulden muss, bis sich etwas ändert. Des Weiteren hatte sie in einer vergangenen Stadtratssitzung an den Oberbürgermeister die Frage gerichtet, wie viele Rollstuhlfahrerwohnungen es in Dessau-Roßlau gibt, wie viele davon leer sind und wie hoch der Bedarf ist. Der Oberbürgermeister hatte darauf geantwortet, dass er diesbezüglich nur über die Bestände der DWG eine Auskunft geben kann. Bis zum heutigen Tag hat sie auch darauf keine Antwort bekommen. Ebenfalls wurden die Stadträte um Mithilfe bei der Erarbeitung gebeten. Die ersten Schreiben an die Fraktionen CDU, SPD, Die Linke sowie Liberales Bürger-Forum/Die Grünen wurden bereits versandt. Sie hat außerdem mit zwei Landtagsabgeordneten gesprochen. Das Schreiben ging zusätzlich an den Oberbürgermeister, an die Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt sowie an den Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung. Sie fragte, wann sie die Termine bekommt, um die bisherigen Arbeitsergebnisse vorstellen zu können.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, ging auf die erste Frage ein und merkte an, dass er den Aktenvorgang nicht kennt und bedauert, dass dadurch ein Verzug entstanden ist. Er sicherte eine Prüfung sowie einen umgehenden Bescheid zu.

Herr Ehm, Stadtratsvorsitzender, sicherte eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Prüfungsergebnis des Verwendungsnachweises des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten des Jahres 2014 Vorlage: IV/061/2015/V-DKT

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.2 Bericht zur Umsetzung des Leitbildes (Jahresbericht 2014) Vorlage: IV/074/2015/VI-61

Bezüglich der Möglichkeit in der Stadtratssitzung Fragen zu stellen, merkte **Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke**, an, dass er als Stadtrat und als Bürger auf formulierte und schriftlich eingereichte Fragen immer, bei jedem Oberbürgermeister, zeitnah eine schriftliche Antwort erhalten hat. Das bedeutet, dass die Verwaltung eine Antwort formulieren kann, wenn die Qualität der Frage in Ordnung ist. Er hatte auch erlebt, dass in der Sitzung geantwortet wurde, wenn der Oberbürgermeister oder die Beigeordneten den Sachverhalt kannten. Er hat den Eindruck, dass es bei einigen Fragestellern nicht um die Frage, sondern um die Person geht, was manchmal lähmend sein kann. Es sollte berücksichtigt werden, dass die 50 Stadträte ehrenamtlich arbeiten und diese Aufgabe gerne wahrnehmen, um etwas für die Stadt zu bewirken. Was man für die Stadt bewirken kann, hat man zu Beginn der heutigen Sitzung gesehen. Auf das Pilotprojekt „Teilhabe alter Leute – Studie jenseits der 60“ eingehend, verwies er darauf, dass sich dieses laut Bericht (Seite 17, Punkt 21 & 21.2) in Arbeit befindet, jedoch wird dieses Projekt in der heutigen Sitzung behandelt. Vor diesem Hintergrund fragte er, ob es möglich wäre, dass diese Dokumente zeitnah zugehen, um damit arbeiten zu können. Weiterhin verwies er darauf, dass die Ansprechpartner, welche auf der Seite 30 des Berichts genannt sind, nicht mehr in dem angegebenen Wirkungskreis arbeiten.

Bezüglich der Frage, warum der Bericht erst jetzt vorliegt, erwiderte **Herr Oberbürgermeister Kuras**, dass einige Punkte von der Tagesordnung der Stadtratssitzung am 09.12.2015 aufgrund des Umfangs auf die heutige Sitzung verschoben wurden. Der Bericht war zu diesem Zeitpunkt bereits fertig.

Herr Ehm, Stadtratsvorsitzender, wies Herrn Berghäuser darauf hin, dass er die Namen der Verantwortlichen selber ändern kann, wenn ihm diese bekannt sind.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, gab an, dass er gewisse Entscheidungen von Gerichten nicht versteht, obwohl es gut ist, dass die Gerichte in Deutschland unabhängig sind. Auf den Fall des Fußballvereines TuS Kochstedt eingehend, erklärte er, dass die Kommune Eigentümer des Sportplatzes und der Verein Pächter ist, was eine Verantwortung für die Stadt bedeutet. Das Gerichtsurteil besagt, dass auf den Verein hohe Kosten zukommen könnten bzw. der Vereinsspitze Haftstrafen drohen, wenn mehrere Bälle auf das angrenzende Grundstück fallen. Außer der Stadt Dessau-Roßlau gibt es auch andere Gremien, die über sportliche Ereignisse entscheiden können. Es kann damit durchaus passieren, da ein nicht heilbarer Schaden für diesen Verein eintreten könnte, dass ein Gremium entscheidet, diesen Platz zu sperren. Für jeden ist vorstellbar, was das für den Verein bedeutet. An die Stadträte und die Verwaltung gerichtet, fragte er, was gemeinsam unternommen werden kann, dass dieser Fall nicht eintritt und dort weiterhin Fußball gespielt werden kann.

Der Bau von immer höheren Zäunen führt auch nicht zum Erfolg. Er stellte die Frage nach einer möglichen positiven Einflussnahme, da das Gerichtsurteil nicht mehr zu ändern ist.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass dieses Urteil auch im Rathaus mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen wird. Eine Patentlösung gibt es jedoch im Moment nicht. Er stimmte der Aussage von Herrn Eichelberg zu, dass auch die Stadt Verantwortung trägt, jedoch sieht er keinen leichten Ausweg. Vielleicht sollte das Thema in einem dafür geeigneten Ausschuss beraten werden, wie die Mitwirkung der Stadt, bei der Entschärfung dieses Konfliktes helfen kann. In der Vergangenheit wurden viele Versuche unternommen, die allerdings durch das angespannte Verhältnis zwischen dem Nachbarn und dem Verein nicht gefruchtet haben. Da das Urteil die Lage verschärft, nehme man sich dem Thema noch einmal an.

Wenn es keine Möglichkeiten der Einflussnahme mehr gibt, sollte dem Verein ein hoher Zaun zur Verfügung gestellt werden, entgegnete **Herr Eichelberg**. Dafür müssten dann auch Mittel im Haushalt eingestellt werden. Viele Kinder und Jugendliche trainieren dort und der Verein ist aus dem Vorort nicht wegzudenken.

Herr Oberbürgermeister Kuras stimmte der Aussage zu und erklärte, dass das die letzte Möglichkeit sein könnte und der Zaun so erhöht wird, dass diese Vorgänge nicht mehr passieren.

Eingehend auf die Flüchtlingssituation merkte **Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, an, dass die 1.000 Flüchtlinge in Dessau-Roßlau bisher gut untergebracht wurden, wofür die Aktivitäten der Bürger und der Verwaltung zu würdigen sind. Vor dem Hintergrund, diese Menschen in die Stadt zu integrieren, ging er auf das Integrationskonzept ein. Im Sommer fanden dazu Beratungen statt, welche dann jedoch abgebrochen wurden. Da es mittlerweile einen neuen Integrationsbeauftragten gibt, fragte er, ob die Arbeit nun fortgesetzt wird, damit eine Handlungsempfehlung geschaffen wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras, erklärte, dass insgesamt drei Tagungen des Runden Tisches für Migration stattgefunden haben, in denen man sich inhaltlich einig war. Seitens des Stadtrates Von Herrn Stadtrat Puttkammer gab es jedoch dann den Hinweis, dass das Konzept noch einmal einer dringenden redaktionellen Änderung bedarf. Da dieser Hinweis zu Recht kam, wurde aus der Mitte der Versammlung eine Redaktionskommission gebildet, die bereits mehrmals getagt hat. Auch mit dem neuen Integrationsbeauftragten Herrn Altmann wurden mehrere Gespräche über den Fortgang geführt. Da Einigkeit bezüglich der Inhalte bestand, sollte man nun möglichst schnell zum Abschluss kommen. Ein Ergebnis der bisherigen Diskussion war, das Konzept in zwei Teile zu gliedern. In einem ersten Teil des Integrationskonzeptes sollen die unverbrüchlichen Grundsätze und die Spezifika der Stadt Dessau-Roßlau geschildert werden, während der zweite Teil als eine Art Ratgeber verfasst werden soll. Damit dieser Anhang aktuell gehalten wird, müsste in kürzeren Zeitabständen eine Überarbeitung erfolgen. Es sollte zeitnah ein Entwurf vorgelegt werden, damit sich die Ämter, aber auch die Stadträte, damit befassen können. In dem alten Beschluss wurde sich darauf verständigt, zunächst die Migranten und dann die Ämter zu beteiligen, um dann damit in den Stadtrat zu gehen. Ein schnelles Ergebnis ist notwendig, weshalb man sich nicht zu lange mit den Formalien aufhalten sollte.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, bezog sich auf die Programmreihe „Dessau Open“. In diesem Zusammenhang hatte es im Land Sachsen-Anhalt eine Potenzialstudie, Bauhaus-Die Moderne in Sachsen-Anhalt, gegeben. Inzwischen handelt es sich um eine feste Größe im kulturellen Leben dieser Stadt. Die dahinterstehende Konzeption umfasst mehr, jedoch ist die Programmreihe ein Bestandteil und die Trägerschaft liegt bei der Stadt. Nun hat er eine mündliche Information aus dem Landesverwaltungsamt erhalten, dass auf den Antrag zur Mitfinanzierung durch das Land eine Ablehnung erteilt wurde. Er fragte, ob diese Auskunft bekannt und richtig ist. In der Fragestunde des Landestages wird er diese Frage ebenfalls stellen.

Herr Steffen Kuras, Leiter des Amtes für Kultur, erklärte, dass die Informationen richtig sind und in der vergangenen Woche mündlich mitgeteilt wurde, dass der Antrag abgelehnt werden wird. Der Ablehnungsbescheid ist allerdings noch nicht zugegangen. Der Umgang damit, sowie die Sicherung der Gesamtfinanzierung sind damit offen. Eine wichtige Säule war die Finanzierung durch das Land, eine andere sind die Zusammenarbeiten durch Kooperationen. Es gibt jedoch noch keine Idee, wie mit der Situation umgegangen wird und was am Programm verändert werden soll.

Frau Müller, SPD-Fraktion, richtete an die DVV die Bitte, an den Haltestellen und am Busbahnhof bei Glatteis zu streuen. Des Weiteren wurde Sie von Bürgern gefragt, welche Pläne es bezüglich der Wagner-Passage gibt. Von Bürgern aus Roßlau wurde sie auf die nicht vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten im Wohngebiet Waldesruh angesprochen. Viele Anwohner haben kein Auto bzw. können nicht mehr fahren, daher wäre es gut, wenn sich dort jemand niederlassen würde.

Auf die Fragen von Frau Müller eingehend legte **Herr Oberbürgermeister Kuras** dar, dass an diesem Tag, als der erste Schnee kam, vieles nicht funktionierte und sich der Winterdienst erst einspielen musste. Die DVV wird jedoch den Hinweis für die Haltestellen aufnehmen. Die Handelssituation im Stadtteil Waldesruh ist seit langem bekannt. Bisher sind jedoch alle Versuche, dort Handelsunternehmen anzusiedeln, gescheitert.

Auf die Handelsversorgung im Wohngebiet Waldesruh eingehend, erklärte **Frau Müller, CDU-Fraktion und Ortsbürgermeisterin von Roßlau**, dass die bisherige Handelseinrichtung seit drei Jahren geschlossen ist. Seitdem ist man bemüht, ein neues Handelscenter einzurichten. Das ist bisher daran gescheitert, weil die Handelsketten der Meinung sind, dass dort zu wenig Menschen wohnen. Es werden bereits andere Ideen verfolgt, was aber noch seine Zeit dauern wird. Das Problem ist somit bekannt und mehr als bedauerlich.

Hinsichtlich der Angelegenheit TuS Kochstedt sprach sich **Herr Mrosek, AfD-Fraktion**, dafür aus, parteiübergreifend arbeiten zu müssen, da es sich um einen traditionellen Sportverein in Dessau-Roßlau handelt und die Stadt daher im Interesse der dort trainierenden Kinder und Sportler handeln sollte. Des Weiteren ging er auf seine Nachfrage zur Mühlenstraße in der vergangenen Stadtratssitzung ein, zu der ihm am heutigen Tag die Antwort zugegangen ist. Darin wird u. a. darauf verwiesen, dass nach Bekanntwerden der Schäden, diese entsprechend der Witterung beseitigt werden. Diese Aussage kann er jedoch nicht bestätigen. Da es dort riesige Schlaglöcher gibt und die Straße kaum noch befahrbar ist, sollten die Schäden beseitigt werden.

Dabei handelt es sich nicht nur um die Mühlenstraße, sondern u. a. auch um die Bruchbreite in Mosigkau. In dem Schreiben steht des Weiteren auch, dass es ein entsprechendes Entwässerungskonzept geben muss, was auch stimmt. Jedoch muss auch daran gearbeitet werden, dass dort endlich etwas saniert und nicht nur Flickschusterei betrieben wird. Weiterhin erklärte er, dass er seinerzeit eine Initiative geführt hatte, die gegen den Bau von Windmühlen in Mosigkau war. Da damals die Baugenehmigung erteilt wurde, hatte man festgestellt, dass es sich um kein Eignungsgebiet handelt. Trotz Streiks wurden die Windmühlen gebaut, da die Mehrzahl nicht auf dem Territorium von Dessau-Roßlau stehen. Nun sollen die nächsten gebaut werden, wogegen sich der Ortschaftsrat in Mosigkau sowie die Stadt ausgesprochen hat. Es sollte jedoch noch mehr getan werden, da sich in der Nähe ein Weltkulturerbe, das Mosigkauer Schloss, befindet, welches durch den Bau der Windmühlen in Gefahr geraten könnte. Er bezog sich außerdem auf die Aussage des Oberbürgermeisters, dass in der zweiten Februarwoche die nächsten Flüchtlinge erwartet werden. Er fragte, ob bei den bisherigen Flüchtlingen die Nationalitäten erfasst wurden und wer wirklich aus reinen Kriegsgebieten kommt, denn denen gehört Schutz geboten. Des Weiteren fragte er, wie viele Personen tatsächlich kommen und ob es sich bei den Angaben in der Zeitung um Schätzungen handelt. Die auf uns zukommenden Gesamtkosten in Höhe von 16 Mio. € sollten komplett vom Land und Bund erstattet werden. Jedoch hat er gelesen, dass 10 Mio. € risikobehaftet sind. Aus diesem Grund fragte er nach dem Risiko für die Stadt.

Herr Oberbürgermeister Kuras informierte, dass die Frage der Bauunterhaltung in den Ortschaften sowie das Problem Windmühlen in Mosigkau Gegenstand einer Besprechung mit den Ortsbürgermeistern war und eine Übereinkunft bezüglich der Handhabung erzielt wurde. Wie sich die Mühlenstraße dort einordnet, müsse man sehen. Hinsichtlich des geplanten Baus von Windmühlen erklärte er, dass in der Landesplanung der Teilplan Wind in der regionalen Planungsgemeinschaft im Entwurf beschlossen wurde. Die Vertreter aus Dessau-Roßlau, bestehend aus vier Stadträten und dem Oberbürgermeister, wurden bei der Frage, ob dieses vorhandene Windeignungsgebiet in der Nähe von Mosigkau erweitert wird, überstimmt. Dieses Eignungsgebiet ist jetzt bestimmt, jedoch gibt es dann, wenn die konkreten Anlagen errichtet werden, Genehmigungsverfahren. Das Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste ist darauf vorbereitet, dass bei einer Beteiligung in diesem Genehmigungsverfahren, die entsprechenden Gründe dagegen vorgetragen werden.

Ergänzend merkte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, an, dass dieser Teilplan momentan noch einmal ausliegt und dazu Stellungnahmen abgegeben werden können, was momentan vorbereitet wird. Drei wesentliche Punkte sprechen gegen eine Erweiterung in Mosigkau. Dabei handelt es sich zum einen um den Naturschutz, da es dort geschützte Landschaftsbestandteile und Tiere gibt. Weitere Gründe sind der Denkmalschutz und das Planungsrecht. Diese Vorbehalte werden als Stellungnahme der Stadt formuliert. Des Weiteren gibt es bereits viele Stellungnahmen der Bürger, die an die Regionale Planungsgemeinschaft weitergeleitet werden. Durch eine Abwägung muss die Regionale Planungsgemeinschaft noch einmal entscheiden.

Wenn es ein Windpark ist, gibt es dennoch ein Genehmigungsverfahren nach Emissionsschutz, stellte **Herr Oberbürgermeister Kuras** fest, was **Frau Jahn** bestätigte.

Sie erklärte weiter, dass bereits erste Gespräche dazu laufen, wobei sich sehr deutlich herausgestellt hat, dass der Naturschutz ein erheblicher Faktor ist, der gegen eine Erweiterung sprechen würde. **Herr Oberbürgermeister Kuras** merkte des Weiteren an, dass erst im Genehmigungsverfahren eine Klage gegen den Bescheid nach Emissionsschutz erhoben werden kann, jedoch ist er sich nicht sicher, ob eine erneute Entscheidung der Planungsgemeinschaft für dieses Gebiet justiziabel ist. Es besteht auf jeden Fall die Möglichkeit, Gründe vorzutragen.

Hinsichtlich der Fragen nach den Herkunftsländern der Flüchtlinge erklärte **Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration**, dass im zweiten Halbjahr ausschließlich Personen aus Syrien, Afghanistan, Iran und Irak aufgenommen wurden. Für das Jahr 2016 liegen noch keine abschließenden Prognosen vor, da das Aufnahmegesetz hinsichtlich der Aufnahmequoten geändert wurde. Die Aufnahmequote für die Stadt Dessau-Roßlau wurde von 4,1 % auf 3,7 % abgesenkt. Dazu kommt, dass die Aufnahmequoten jetzt vierteljährlich vom Land festgesetzt werden. Für das erste Quartal wurde bisher die Zuweisung an die Stadt Dessau-Roßlau ausgesetzt. Ein Grund dafür ist, dass im letzten Jahr die Aufnahmequote erfüllt wurde. Des Weiteren liegt bisher keine neue Prognose vor und für die zweite Kalenderwoche im Februar gibt es nur eine Ankündigung, ohne konkrete Zuweisungszahlen.

Herr Oberbürgermeister Kuras ging auf die Frage der Finanzierung ein, welche der Stadt Sorge bereitet. Im November fand ein Asylgipfel und im Anschluss eine Sitzung der Hauptverwaltungsbeamten mit dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister statt, in der es keine Einigung zur Finanzerstattung gab. Die Stadt Dessau-Roßlau hat sich für eine Spitzabrechnung ausgesprochen, bei der die Pauschale i. H. v. 8.600 € pro Flüchtling dann noch einmal abgerechnet wird, da abzusehen ist, dass diese Pauschale nicht ausreichend ist. Der Finanzminister hatte sich dagegen ausgesprochen und war nicht bereit, die Pauschale zu erhöhen. Außerdem wurde in keiner Weise in Aussicht gestellt, dass das Geld in voller Höhe erstattet wird. Es wurde als keine richtige Lösung gefunden, allerdings gab es die Übereinkunft, dass im Frühjahr eine Evaluierung der Kosten vorgenommen wird. Die Abrechnung wurde von Beginn an getrennt vorgenommen, um die flüchtlingsbedingten Kosten genau von den normalen Kosten abgrenzen zu können. Somit ist das Finanzdezernat jederzeit in der Lage, ziemlich genau zu sagen, wie viel Geld für die Flüchtlinge ausgegeben wurde und wie viel bisher eingegangen ist. Im vergangenen Jahr gab es den Ausgleich durch das Finanzausgleichsgesetz, was in diesem Jahr auf das Asylbewerberleistungsgesetz umgestellt wurde. Nach einer Gegenüberstellung wurde im Ergebnis festgestellt, dass für das Haushaltsjahr 2015 ein offenes Delta i. H. v. 2,9 Mio. € besteht. Bezüglich dieser Summe werde man sich im Frühjahr mit der Landesregierung auseinandersetzen, um dann möglichst zu erreichen, dass etwas mehr als die 8.600 € erstattet werden. In der Praxis ist es komplizierter, da es mehrere Quellen und Finanzierungsmöglichkeiten gibt. Vor allen Dingen ist insbesondere der Zeitraum des Aufenthalts der Flüchtlinge strittig, da dieser auch als Grundlage der Zahlung genommen wird. Es kann sehr genau beziffert werden, wo das Risiko liegt und man wird mit der Landesregierung reden. Da im März die Landtagswahl stattfindet, kann nicht gesagt werden, ob die Gespräche mit der neuen oder mit der alten Regierung geführt werden. Jedoch kann garantiert werden, dass sehr entschlossen und mit sehr konkreten Zahlen argumentiert wird.

Herr Grey, NPD, ging auf die Aussage des Oberbürgermeisters in der vergangenen Stadtratssitzung ein, dass die Aufregung um die Unterbringung von Asylanten in Dessau-Roßlau völlig unbegründet ist, da es noch keine Vorfälle gab. Nach den Ereignissen der Silvesternacht in Köln, Hamburg, Stuttgart und anderen Städten wurde man eines Besseren belehrt, dass die Sorgen, Bedenken und Ängste keineswegs aus der Luft gegriffen sind und es enorme Anstrengungen gab, Vorfälle unter Beteiligung von Asylanten zu verschweigen. Inzwischen erfährt man auch aus Dessau-Roßlau, dass es Messerattacken unter den Asylanten selbst gab, oder Bürger bereits bedrängt wurden, dies nur noch nicht zur Anzeige gebracht wurde, weil noch nichts Schlimmeres passiert war. Das werde sich in Zukunft ändern. Inzwischen hat man begonnen, sogenannte alleinziehende Jugendliche im ehemaligen Altenpflegeheim in Roßlau einzuquartieren und lies seither in den Medien und der linken Ecke keine Gelegenheit aus, die Proteste der Bürger in Roßlau als Nazi-Demos zu verunglimpfen. Es hieß, die Proteste seien unmenschlich, weil sie sich gegen arme Jugendliche richten würden. Wie harmlos jedoch derartige Jugendliche sein können, konnte man Ende letzten Jahres eindrucksvoll in der Erstaufnahmestelle in Halberstadt erleben, wo das zuständige Jugendamt sogar seine Mitarbeiter wieder abziehen musste, weil diese von Jugendlichen angegriffen wurden. Es bleibt abzuwarten, wie lange es dauert, bis wir derartige Meldungen auch aus Dessau-Roßlau erhalten werden. Ungeachtet dessen teilte er mit, dass sich die Bürgerproteste in Roßlau in erster Linie nicht gegen Asylanten richten, welche nur die Symptome der ganzen Situation darstellen. Vielmehr richten sich die Proteste gegen die katastrophale Asylpolitik der Stadt und ihrer Bundesregierung, welche insgesamt Milliarden an Steuergeldern für Fremde aufbringt, welche bis vor kurzem angeblich noch gar nicht vorhanden waren. Obendrein bricht man ständig die eigenen Gesetze, wie z. B. das Dublin-Abkommen oder den § 116 a Grundgesetz, wogegen inzwischen auch Länder wie Bayern vorgehen wollen. Wie sich die Missstände beispielsweise auch in Dessau-Roßlau darstellen, kann man an einem Brief sehen, der ihn mit der Aushändigung der Unterlagen für diese Sitzung erreicht hat. Hier stellte der Seniorenbeirat der Stadt die Frage, was mit dem seit Jahren besprochenen Mitteln für die Instandhaltungsmaßnahmen im Jugend- und Seniorenzentrum Krötenhof geworden ist. Hier seien dringend Mittel für Dach- und Zaunanlagen erforderlich. Eine weitere Baustelle ist die Frage nach dem notwendigen Ausbau der Zufahrtsstraße zum Industriehafen in Roßlau, welchen Investoren seit Jahren fordern. Hier wäre seiner Meinung nach der Einsatz deutschen Steuergelds gefragt, nicht aber für die Vollversorgung sogenannter Flüchtlinge, welche eine Anerkennungsquote auf Asyl von derzeit unter zwei Prozent vorweisen. Er ist froh, dass einige Stadträte in diesem Saal bereits ihre Konsequenzen gezogen haben bzw. dieses noch vorhaben. Das ist auch dringend nötig, denn die „Volksseele kocht und der Druck im Kessel“ steigt. Wenn sich dieser entlädt, ist er gespannt, ob die Befürworter der momentanen Politik abermals den Wendehals wie 1989 schaffen werden, oder ob sie dieses Mal für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden. Er betonte, Asyl bedeutet zeitlich begrenzter Schutz, womit er bei den Leuten, die wirklich Schutz brauchen, auch kein Problem hat. Diese Leute sollen integriert werden und dauerhaft hierbleiben.

Auf die Ausführungen von Herrn Grey erwiderte **Herr Weber, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, dass es gut ist, wenn er sich kritisch an Bund und Land wendet. Jedoch ist die Menschlichkeit vor Ort und die pflichtgemäße Arbeit mit den angekommenen Menschen eine Pflicht der Kommune, weshalb diese Worte wenig passen und vor dem Kanzleramt oder dem Bundestag vorgetragen werden sollten.

Herr Weber verlas anschließend folgenden Appell:

„Seid wachsam! Als ich 2014/2015 Anträge für die Änderung der Hauptsatzung eingebracht habe, nämlich auch beschließende Rechte der Ortschaftsräte und die Einführung von Stadtbezirksbeiräten (welche ich bereits seit 1999 angeregt hatte), habe ich gleichzeitig auch die Forderung nach festangestellten Sachbearbeitern für diese Mehraufgaben in die Diskussion eingebracht. In erster Linie ging es also um die Unterstützung der längst überfälligen Stadtbezirksbeiräte und nicht um eine zusätzliche Sonderstellung der Ortschaftsräte. In die Diskussion ging dann ein Vorschlag ein, sechs Stellen à 30 Stunden zu schaffen. Die Verwaltung hatte damals vorgesehen, dass es Stellen nach Entgeltstufe 6 sein sollten, die mit ausgelernten Verwaltungsfachangestellten besetzt werden. Wohl gemerkt, dies war die Planung der Verwaltung selbst. Trotz Konsolidierungszwang war der Stadtrat bereit dem zu folgen, aber unter dem Hintergrund, dass wir da noch eine Verwaltungsaufgabenverlagerung der Kernverwaltung (insbesondere der Vertretungsgremien) in die Ortschaften und Stadtbezirksbeiräte planten. Massive Bedenken äußerte Herr Stadtrat Bönecke hiergegen, weil er eine zusätzliche Stellenschaffung für sogar rechtswidrig hielt. Nun haben wir aber gar keine tatsächlichen beschließenden Rechte an die Ortschaftsräte (mit Ausnahme des kleinen Budgets) in die Hauptsatzung gebracht. Ohnehin vorgesehen war die Schaffung von zwei Stellen für die Betreuung der Stadtbezirksbeiräte. Um die Kosten für diese Stellenschaffung zu minimieren (im Laufe dieser Debatte), habe ich einen Konsolidierungsvorschlag unterbreitet, nachdem das Büro des Stadtrates, das Sachgebiet der Ortschaftsräte und der Stadtbezirksbeiräte, sowie ggf. Pressestelle und Bürgerbeauftragte in einem Büro der Vertretungen zusammengefasst werden sollten. Dies hätte wegen der gegenseitigen Vertretungsmöglichkeiten, der effizienteren Bündelung von Kräften und der qualifizierten Besetzung der Stellen zu einer fast kostenneutralen Stellenplanung geführt, weil bereits vorhandene Verwaltungsaufgaben verlagert werden könnten. Der Vorschlag von Frau Bürgermeisterin Nußbeck, die Stellen unter den Vorbehalt einer öffentlichen Förderung zu stellen, wurde vom Stadtrat mit 33 Nein-Stimmen abgelehnt, was den Sinn einer dauerhaften verwaltungsseitigen Absicherung der kompetenten und rechtssicheren Begleitung der Ortschaftsräte und der Stadtbezirksbeiräte gerechtfertigt hätte. Nun aber hat die Verwaltung sich einer Absprache der Ortsbürgermeister gefügt und der Oberbürgermeister hat seine Organisationshoheit dahingehend ausgenutzt, diese Absprache so zu exekutieren, dass nur die zusätzliche Schaffung der Stellen von „Ortskümmerinnen“ erfolgte. Sechs neue zusätzliche Stellen wurden mit der Entgeltstufe 3 (gering qualifiziert und nicht für tatsächliche Verwaltungsaufgaben geeignet) geschaffen und sollen nun ausschließlich den Ortsbürgermeistern zur Verfügung stehen, um zwar die Ortschaftsratsarbeiten zu begleiten (nicht aber z. B. die Sitzungsprotokolle schreiben) und in erster Linie die Organisation der Ortsheimatpflege und rein örtlichen Probleme zu begleiten. Die in der Diskussion der Stadtrates formulierten Aufgaben, die eine Mehrheit im Stadtrat erst möglich gemacht hatte, wurde negiert und den Ortsbürgermeistern wurde vorbei am Stadtrat ein faktisches Beschluss- und Sonderrecht eingeräumt. Bitte beachten sie diese Verfahrensweise der Verwaltung bei weiteren Beschlüssen im Stadtrat und beschließen Sie diesbezüglich nur abschließend ausformulierte Vorlagen, die nicht mehr in dieser Form auslegbar sind.“

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bezog sich auf ein Rundschreiben des Direktors des Philanthropinums, Herrn Dr. Zilm, bezüglich der Qualität der Schülerbeförderung zwischen Roßlau und Dessau, was eine Art Hilferuf darstellt.

Diesem Hilferuf ist die Fraktion gefolgt, indem die zuständigen Personen und Amtsbereiche, einschließlich der DVG und des Kooperators Müller Omnibusse, eingeladen und nach Möglichkeiten der Kompensation der Defizite gesucht wurden. In einer ansprechenden Diskussion war man sich einig, diesen Prozess vertrauensbildend zu begleiten. Der Vorschlag war, eine Art Qualitätsgremium zwischen Eltern und Schülern auf den Weg zu bringen in Kooperation mit den entsprechenden Dienstleistern. Das wurde angenommen und es sollte dazu eine öffentliche Kommunikation geben, um diesen Zustand zu beenden und dort für alle Seiten eine Verbesserung zu erzielen. Das Gespräch mit Herrn Dr. Zilm zum Neujahrsempfang der FDP war allerdings wenig erfreulich. Auch die öffentliche Information über die Vorgehensweise, diesen Schülerverkehr einer neuen Qualität zuzuführen und mehr Vertrauen zwischen Dienstleister und den Inanspruchnehmern zu organisieren, ist nicht erfolgt. Da er dafür bekannt ist, dass mit den Leuten zu klären, sei er jetzt an dem Punkt, wo er es öffentlich diskutieren müsse. Er stellte die Frage, wie das Problem zur Zufriedenheit aller Beteiligten gelöst werden kann. Es sollte weiterhin eine Kooperation lokaler Dienstleister geben und die Wertschöpfung hier vor Ort bleiben, so dass es nicht erst zur Diskussion kommt, ob die Dienstleister geeignet sind, diese Dienstleistung auszuführen. Er bat die Fraktionen darum, sich dieser Aufgabe anzunehmen.

Herr Schöнемann verwies weiterhin auf den Medienauftritt der Stiftung Bauhaus zu „100 Jahre Bauhaus.“ Bezüglich des Masterplanes wurde die Chance vertan, einen Impuls über unsere Internetseite in Kooperation mit dem Bauhaus zu geben, die Bauhausstadt Dessau inhaltlich mit mehr qualitativer Orientierung auszustatten. Er stellte die Frage, ob es möglich ist, in absehbarer Zeit ein Gremium zu bilden, um schnellstens die Kooperationsvereinbarungen zur weiteren Realisierung des Masterplanes abzustimmen.

In der letzten OB-Dienstberatung wurde der Nahverkehrsplan behandelt, bemerkte **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Allerdings könne er dazu keine detaillierten Auskünfte geben. Das Problem ist bekannt, jedoch werde es nicht leicht sein, dieses zur Zufriedenheit aller zu lösen.

Zum Thema Masterplan Bauhaus kommend, verwies Herr Oberbürgermeister Kuras auf den erteilten Auftrag, noch einmal den Stand der Realisierung des Masterplanes darzustellen. Im Stiftungskuratorium der Stiftung Bauhaus Dessau wurde darüber gesprochen, ein Kuratorium zu schaffen. Seitens der Direktorin des Bauhauses Dessau, Frau Dr. Perren, wird es kritisch gesehen, wenn sie als Stiftung hier in die Offensive geht, da es schon Kritik aus Berlin gegeben hat, dass bezüglich des Standortes Weimar der ehemalige Bundesverkehrsminister Tiefensee vorgeprescht war. Daraufhin hat der Kultusminister Dorgerloh vorgeschlagen, dass die Stadt das ohne die Stiftung macht. Es werde jetzt überlegt, wie das geht.

Frau Dammann, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Mrosek und erklärte, dass zwar seit 25 Jahren über die Straßen in Mosigkau gesprochen wird, aber wenn Herr Mrosek öfter zu den Ortschaftsratssitzungen kommen würde, wüsste er, dass zurzeit viel aktualisiert wird, wie z. B. das Entwässerungskonzept aus dem Jahr 1993. Erste Ergebnisse sollen Ende März vorliegen. Sie hofft auf die Unterstützung aller Fraktionen, dass diese Straße in Angriff genommen wird, sobald die Konzeption vorliegt.

Frau Müller, SPD-Fraktion, bemerkte an Herrn Grey gewandt, ihm passe es nicht, dass die jungen Männer (Minderjährige), die ohne Familie kommen, hier Asyl finden. Sie hätte sich gewünscht, dass 1933 viele Nein zum Krieg gesagt hätten. Dass die jungen Männer von ihren Eltern in Sicherheit gebracht werden, sei logisch. Wenn seine Kinder in so einem Land leben würden, würde er diese auch in Sicherheit bringen. Weiterhin verwies Frau Müller auf die von der DVV neu gekauften Busse, die jedoch keine Haltestellenansagen haben und bat darum, dass diese nachträglich montiert werden.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, ging als Ortsbürgermeister von Dessau-Kochstedt auf das Gerichtsurteil des TuS Kochstedt ein und erklärte an Herrn Mrosek gewandt, dass es nichts bringt, hier mit Polemik zu arbeiten. Dem Ortschaftsrat in Kochstedt ist die Problematik seit langem bekannt. Den Einwohnern, dem Ortschaftsrat sowie den Mitglieder vom TuS passt dieses Urteil absolut nicht. Das Urteil ist aber mit Maßnahmen verbunden, die jetzt erfüllt werden müssen, da ansonsten der Sportplatz geschlossen werden muss. Die Thematik wird auch in der nächsten Ortschaftsratssitzung auf der Tagesordnung stehen. Der TuS Kochstedt ist gerade dabei, die notwendigen Kosten zu ermitteln, um den entsprechenden Zaun zu errichten. Der TuS Kostedt wird mit der Unterstützung des Ortschaftsrates und der Stadtverwaltung eine Finanzierung hinbekommen, damit dieses Problem endgültig gelöst wird.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verwies auf die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 12.01.2016, wo er für die Fraktion festgestellt hat, dass man mit der Aussage des Oberbürgermeisters zum Neujahrsempfang, das Planfeststellungsverfahren für die Ostrandstraße in 2016 zum Abschluss zu bringen, nicht zufrieden ist. Es wurde gefordert, dass zur heutigen Stadtratssitzung ein konkreter Zeitplan vorgelegt wird, den man dann auch kontrollieren kann, weil der Zeitverzug nunmehr unverantwortbar ist und ein Aufholprozess erwartet wird. Da das heute nicht vorliegt, bat er darum, einen nachvollziehbaren und kontrollierbaren Ablaufplan für das Planfeststellungsverfahren bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt im Februar vorzulegen.

Herr Busch, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, ging auf das Schicksal eines Dessauers ein, der seit 10 Jahren trotz unglaublicher Aktivitäten und Bemühungen wieder in Arbeit zu kommen, arbeitslos ist. Er hat sich in diverse Förderprogramme eingeleasen und im Vorgriff auf das aktuell laufende Programm, dass Träger aufgefordert werden, sich entsprechend bei der Stadtverwaltung zu bewerben, hat er bei der Verwaltung vorgesprochen und gefragt, warum die Stadt nicht selbst ein Projekt auflegt. Dazu ist ihm gesagt worden, dass das ausgeschlossen ist, weil die Stadt dann die Verantwortung übernehmen müsse. Nunmehr liege ihm auch ein Schreiben mit ähnlichem Inhalt von Herrn Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung vor. Herr Busch stellte die Frage, wer das festlegt bzw. warum die Festlegung getroffen wurde, dass die Stadt sich nicht an dem Auswahlverfahren beteiligt.

Bei dem angesprochenen Programm handelt es sich um die Aktivierung Älterer ab 58 Jahre, entgegnete **Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung.** Diese Woche wird das Interessenbekundungsverfahren geschaltet. Er kennt den von Herrn Busch angesprochenen Fall.

Die Stadt beteiligt sich nicht als Träger, weil die Stadt tariflich gebunden ist und die Fördermodalitäten es nicht zulassen, dass wir auskömmlich Drittmittel einfahren. Es gibt im sozialen Bereich dieser Stadt für diese 49 Stellen, die maximal gefördert werden können, genügend Träger.

Aufgrund der an ihn persönlich gerichteten Ausführungen von Frau Müller, verwies **Herr Grey, NPD**, auf das falsch genannte Datum 1933. Bezüglich der Verantwortung seinen Kindern gegenüber verwies er auf die Zustände in den Großstädten. Er wolle nicht tatenlos darauf warten, dass in Dessau die gleichen Zustände herrschen.

8 Beschlussfassungen

8.1 Berufung der stimmberechtigten Mitglieder des Seniorenbeirates gemäß § 5 Abs. 2 der Satzung des Seniorenbeirates der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: BV/010/2016/V-50

Nach der Benennung der zu berufenden Mitglieder des Seniorenbeirates durch den **Stadtratsvorsitzenden, Herrn Ehm**, erfolgte die Beschlussfassung und im Anschluss die Überreichung der Berufungsurkunden an die anwesenden Mitglieder.

Als stimmberechtigte Mitglieder des Seniorenbeirates werden nach dem öffentlichen Aufruf des Oberbürgermeisters folgende Personen berufen:

1. Herr Wieland Böhme als Vertreter der Volkssolidarität 92 Dessau-Roßlau e.V.
2. Frau Traudel Deutrich als Vertreterin der ver.di Senioren Ortsverein Dessau-Roßlau
3. Herr Jens-Peter Gast als Vertreter der Freien evangelischen Gemeinde Dessau/Oranienbaum
4. Frau Evelin Röder als Vertreterin des Stadtverbandes der Volkssolidarität, Seniorenchor „Krötenhof“
5. Frau Ingrid Vogts als Vertreterin der evangelischen Landeskirche Anhalts, Kirchenkreis Dessau
6. Herr Gerhard Winkler als Vertreter des Sozialvereins Zoberberg e.V.
7. Herr Christian Stenzel als Vertreter des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE Dessau-Roßlau, AG Senioren
8. Frau Marina Durin als Vertreterin der Freien Wohlfahrtspflege
9. Frau Monika Andrich als Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
10. Frau Heike Paesold als Vertreter des Dezernates für Gesundheit, Soziales und Bildung
11. Der/die Kommunale Seniorenbeauftragte

Die Bestellung eines stimmberechtigten Mitgliedes nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 kann aufgrund einer fehlenden Bewerbung nicht erfolgen. Der Seniorenbeirat der Stadt Dessau-Roßlau wird beauftragt, ein geeignetes stimmberechtigtes Mitglied im Sinne der Satzung zur Rechtsstellung des ehrenamtlichen Seniorenbeirates dem Stadtrat zur Berufung bis zum 30. Juni 2016 vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis: 47:00:00

Im Anschluss erfolgte eine 20minütige Pause.

8.2 Berufung der Stadtbezirksbeiräte

Vorlage: BV/417/2015/I-08

Zu dem von **Herrn Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, unterbreiteten Vorschlag, nach Verlesen der Mitglieder über den jeweiligen Stadtbezirksbeirat einzeln abzustimmen, gab es keine Einwände.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, brachte die Unterstützung seiner Fraktion zur Berufung der Stadtbezirksbeiräte zum Ausdruck. Er erteilte an die Stadtverwaltung den Auftrag zu prüfen, ob den Stadtbezirksbeiräten ein kleines Budget, (ähnlich wie bei den Ortschaftsräten) zur Verfügung gestellt werden kann und die Mitglieder eine Aufwandsentschädigung erhalten können. Nach entsprechender Prüfung sollte sich der Haupt- und Personalausschuss dazu befinden.

Mit der vor 7 Jahren einhergehenden Behauptung, die Stadt würde von den Rändern regiert, hatte er sich damals bezüglich der Mitbestimmung in der Stadt durch Gremienbildung, die gemeindeordnungskonform sind, Gedanken gemacht, bemerkte **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**. Die damalige Gemeindeordnung ließ eine solche Bildung nicht zu. Daraufhin gab es die Komponente, wo möglich, da ja Ausschüsse ein Instrumentarium zur Realisierung politischer Aufgaben in der jeweiligen Gemeinde sind, zeitweilige oder beratende Ausschüsse zu bilden in Form von Stadtteilausschüssen. Dieser Vorschlag seiner Fraktion wurde in die jetzige Legislaturperiode übernommen. Im Weiteren ist es durch die Kompromissbereitschaft aller Seiten zur Bildung der Stadtbezirksbeiräte gekommen. Das ist ein Weg, um eine vertrauensbildende Arbeit für die Innenstadt zu leisten. Das werde auch nicht als Konkurrenz zu den Ortschaften, sondern als Bereicherung des Gesamtprozesses der Mitbestimmung in dieser Stadt gesehen.

Schwierig wurde es, als die Diskussion bezüglich der Y-Häuser aufkam, fuhr Herr Schöнемann fort. Hier hätte eine breite Diskussion, unter Beteiligung der Bevölkerung gegeben, stattfinden müssen, um dieses Thema vielleicht aus einer ganz anderen Sicht zu beleuchten. Geholfen hat damals der Mieterbeirat der Y-Häuser. Das habe ihm gesagt, wenn es eine solche große Bandbreite der Mitbestimmung in der Bevölkerung gibt, müsse es möglich sein, diese Stadtteilbeiräte entsprechend qualifiziert auf den Weg zu bringen. Man sei jetzt an der Stelle, insofern habe sich das zähe Ringen über die Zeit gelohnt, weshalb er sich für die Kooperation bei allen Fraktionen bedankt.

Auch er freut sich über das Zustandekommen und auf die Zusammenarbeit, legte **Herr Fackiner, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, dar. Jedoch ist die Fraktion der Meinung, dass die Stadtbezirksbeiräte in Zukunft gewählt werden sollten. Dazu ist ein Vorschlag eingebracht worden, wie das dann durch Akzeptanz des Stadtrates umgesetzt werden kann. Die heute anwesenden zu berufenden Mitglieder sollten nach der Beschlussfassung nach vorn gebeten werden und einen Beifall bekommen, was für ein Ehrenamt angemessen sei.

Frau Müller, SPD-Fraktion, erinnerte daran, dass der Grundstein für die Bildung der jetzigen Stadtbezirksbeiräte von der SPD-Fraktion, unter Leitung von Hans-Georg Otto, gelegt wurde. Bezüglich der Y-Häuser wurde nicht nur die Fraktion Die Linke angesprochen, sondern Bewohner haben auch die SPD um Hilfe gebeten.

Der Stadtrat beruft folgende Mitglieder als Stadtbezirksbeiräte:

Stadtbezirksbeirat Ziebiak/Siedluna

Fraktion	Name	Vorname
CDU	Alisch	Kathrin
CDU	Dr. Tamm	Matthias
DIE LINKEN	Stabbert-Kühl	Sabine
DIE LINKEN	Ullrich	Joachim
Liberales Bürger-Forum/Die Grünen	Kaßner	Christoph
SPD	Porsche	Ralph
Pro Dessau	Keller	Martina

Abstimmungsergebnis: 41:00:01

Stadtbezirksbeirat Alten/West/Zoberbera

Fraktion	Name	Vorname
CDU	Freyer-Gottschalk	Daniel
CDU	Knothe	Wolfgang
DIE LINKEN	Lieschke	Matthias
DIE LINKEN	Sehl	Jutta
Liberales Bürger-Forum/Die Grünen	Böttcher	Manfred
SPD	Perl	Gabriele
Pro Dessau	Schönau	Rene

Abstimmungsergebnis: 40:01:01

Stadtbezirksbeirat Süd/Haidebura/Törten

Fraktion	Name	Vorname
CDU	Bahn-Kunze	Rita
CDU	Möbes	Christian
DIE LINKEN	Krüger	Otto-Harald
DIE LINKEN	Weinert	Manfred
Liberales Bürger-Forum/Die Grünen	Popp	Christoph
SPD	Bräsecke	Daniel Andre
Pro Dessau	Schröter	Steffen

Abstimmungsergebnis: 40:01:01

Stadtbezirksbeirat innerstädtischer Bereich Nord

Fraktion	Name	Vorname
CDU	Lange	Eckehard
CDU	Zander	Tobias
DIE LINKEN	Anton	Peter
DIE LINKEN	Berghäuser	Michael
Liberales Bürger-Forum/Die Grünen	Gelies	Andreas
SPD	Eichelberg	Christian
Pro Dessau	Saalmann	Mario

Abstimmungsergebnis: 40:01:01

Stadtbezirksbeirat innerstädtischer Bereich Mitte/Innerstädtischer Bereich Süd

Fraktion	Name	Vorname
CDU	Kühne	Sascha
CDU	Pietzsch	Peter
DIE LINKEN	Fischer	Peter
DIE LINKEN	Hoffmann	Frank
Liberales Bürger-Forum/Die Grünen	Rieche	Karin
SPD	Koppe	Daniela
Pro Dessau	Solarczyk	Ute

Abstimmungsergebnis: 39:01:02

Abschließend bat der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, die anwesenden Mitglieder darum, sich vom Platz zu erheben und die Stadträte um Applaus. Er dankte für die Bereitschaft, in diesem ehrenamtlichen Gremium mitzuarbeiten.

8.3 Entsendung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport **Vorlage: BV/386/2015/II**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf den Änderungsantrag der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, Herrn Christian Just zu wählen.

Die Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen entsendet als sachkundigen Einwohner für den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport Herrn Christian Just.

Abstimmungsergebnis: 42:01:00

Da Herr Christian Just anwesend war, gratulierte ihm der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, zur Entsendung.

8.4 Entsendung eines Stadtrates in den Verwaltungsrat der WBD Industriepark Dessau GmbH (IPG) **Vorlage: BV/387/2015/II**

Der Stadtrat entsendet Herrn Dirk Hofmeister in den Verwaltungsrat der WBD Industriepark Dessau GmbH (IPG).

Abstimmungsergebnis: 41:01:01

8.5 Bestellung eines Vertreters der Beschäftigten und dessen Stellvertreters für den Betriebsausschuss des Anhaltischen Theaters Dessau
Vorlage: BV/389/2015/II

Aufgrund der Frage von **Herrn Glathe, CDU-Fraktion**, warum diese Vorlage nicht im Betriebsausschuss des Anhaltischen Theaters behandelt wurde, verwies **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** auf die gesetzliche Regelung, dass die Bestellung in der Stadtratssitzung zu erfolgen hat. Ergänzend bemerkte **Herr Oberbürgermeister Kuras**, dass die zu bestellende Kollegin in der letzten Sitzung des Ausschusses bereits anwesend war.

Der Stadtrat bestellt aufgrund der Vorschlagsliste des Personalrates des Anhaltischen Theaters Dessau als Vertreter der Beschäftigten

Herrn Karsten Kühne

und als dessen Stellvertreterin

Frau Aline Vannuys

in den Betriebsausschuss des Anhaltischen Theaters.

Abstimmungsergebnis: 41:01:01

8.6 Entsendung eines Stadtrates in den Aufsichtsrat der DVV
Vorlage: BV/433/2015/II-30

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, bat darum, in den Beschlussvorlagen die Namen vollständig (mit Vornamen) anzugeben. In der nächstfolgenden Beschlussvorlage ist einer Stadtrat und einer nicht. Zukünftig sollte die Form berücksichtigt werden.

1. Der Stadtrat beruft das Mitglied des Verwaltungsrates der DVV Herrn Stadtrat Harald Trocha ab.
2. Der Stadtrat entsendet in den Aufsichtsrat der DVV Herrn Stadtrat Frank Rumpf.

Abstimmungsergebnis: 42:00:01

8.7 Entsendung eines Stadtrates in das Kuratorium der Stiftung "Meisterhäuser Dessau"
Vorlage: BV/435/2015/II-30

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, bat die Stadträte darum, die entsprechenden Vornamen in der Beschlussvorlage zu ergänzen.

1. Der Stadtrat beruft den mit Beschluss des Stadtrates vom 09.07.2014 in das Kuratorium der Stiftung „Meisterhäuser Dessau“ entsandten Stadtrat Herrn Harald Trocha ab.
2. Der Stadtrat entsendet in das Kuratorium der Stiftung „Meisterhäuser Dessau“ Herrn Stadtrat Jörg Schwabe.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

8.8 Anwendung der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Dessau-Roßlau in den Ortschaften Brambach und Rodleben
Vorlage: BV/301/2015/II-30

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, gab das Abstimmungsverhalten des Ortschaftsrates Brambach und Rodleben bekannt. Der Ortschaftsrat Brambach hat diese Beschlussvorlage abgelehnt, der Ortschaftsrat Rodleben hat über die Beschlusspunkte einzeln abgestimmt. So wurde dem ersten Punkt, der nur die Umsetzung eines Gerichtsurteiles betrifft, zugestimmt. Die Einführung der einmaligen Satzung, die objektbezogen ist, wurde abgelehnt. Beide Ortschaftsräte sprechen sich dafür aus, bei der wiederkehrenden Satzung bleiben zu wollen, was zulässig ist und für die Betroffenen die bessere Satzung darstellt, da die Last auf mehrere verteilt wird. Auch andere Ortschaften hätte gern eine wiederkehrende Satzung. Er sei sich natürlich bewusst, dass das für die Verwaltung die schwieriger zu handhabende Satzung ist.

Den Grund, warum die Ortschaften sich so entschieden haben, darlegend, führte Herr Rumpf weiter aus, dass es noch Straßen, auch in Neeken und Rodleben gibt, die nie gemacht wurden. Wenn diese Straßen noch gemacht werden und die Anlieger mit einmaligen Beiträgen herangezogen werden, stelle das eine Ungleichbehandlung dar, womit er auch sein heutiges Abstimmungsverhalten begründen wolle.

Beschlussvorschlag:

1. Der Aufhebung der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für die öffentlichen Verkehrsanlagen der Gemeinde Rodleben vom 27.05.2004 (Anlage 2) wird zugestimmt.
2. Der Aufhebung der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für die öffentlichen Verkehrsanlagen der Gemeinde Brambach vom 29.09.2004 (Anlage 2) wird zugestimmt.

3. Der Erstreckung der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Dessau-Roßlau vom

10.12.2008 auf die Ortschaften Brambach und Rodleben (Anlage 2) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 32:05:06

**8.9 Zielsystem „Im Alter gut leben“
Vorlage: BV/296/2015/V-50**

1. Die Umsetzung des Zielsystems „Im Alter gut leben“ wird beschlossen.
2. Zur Umsetzung des Zielsystems wird eine ämterübergreifende und stadtweit agierende Interessengemeinschaft gebildet.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**8.10 Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa)
Vorlage: BV/263/2015/V-DKT**

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, betonte, dass die gesunde Entwicklung des städtischen Eigenbetriebes dazu führt, dass die Stadt inzwischen den Bedarf in Eigenregie decken und auch neue Kindertagesstätten bauen kann. In zwei Stadtteilbereichen werde ein Neubau konzipiert, was für diese Stadt und dieses Unternehmen eine bemerkenswerte Entwicklung ist und erkämpft werden musste. Er dankte dem Team des Eigenbetriebes DeKiTa für das tolle Ergebnis und sprach seine Freude für die weitere Zusammenarbeit aus.

1. Der durch die unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Dornbach & Partner Treuhand GmbH, Antoinettenstraße 37, 06844 Dessau-Roßlau geprüfte und bestätigte, durch das Rechnungsprüfungsamt festgestellte und durch den Betriebsausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss vorberatene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 sowie der Lagebericht 2014 in der Fassung vom 12.10.2015 werden festgestellt.
2. Der Jahresgewinn in Höhe von 96.403,92 € wird in eine zweckgebundene Rücklage eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

8.11 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa) für das Jahr 2014
Vorlage: BV/262/2015/V-DKT

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, sprach der Betriebsleitung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank aus.

Der Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten für das Jahr 2014 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

8.12 B-Plan Nr. 131 "Rotdornweg" - Einstellung des Bebauungsplanverfahrens
Vorlage: BV/300/2015/VI-61

1. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dessau vom 11.05.1994 (Beschluss-Nr. 755/94) über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 131 „Rotdornweg“ in Dessau-Waldersee wird aufgehoben.
2. Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 131 „Rotdornweg“ wird hiermit eingestellt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Einstellung des Verfahrens ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

8.13 Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zum Bebauungsplan Nr. 220 "Ausstellungszentrum für das Bauhaus" eingegangenen Stellungnahmen
Vorlage: BV/399/2015/VI-61

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legte dar, dass auch hier der Masterplan Realität wird. Was vor Monaten nur bedingt vorstellbar war, bekommt jetzt Kontur und wird als weiterer Baustein des Masterplanes Bauhausstadt umgesetzt. Wenn in die weitere Gestaltung des Planes noch Kreativität eingefügt wird und es eine Gemeinsamkeit gibt, stehen uns tolle Zeiten bevor, was auch ein Highlight für Herrn Oberbürgermeister Kuras in seiner Amtszeit ist.

1. Die während der frühzeitigen Beteiligung und der förmlichen Beteiligung nach §§ 3 und 4 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 220 „Ausstellungszentrum für das Bauhaus“ vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage angegeben ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Nachbargemeinden, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.
3. Für die Teile der Öffentlichkeit, die keine Adresse hinterlegt haben, soll die Benachrichtigung dadurch ersetzt werden, dass sie den Beschluss und die Abwägungsentscheidung bei der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau während der öffentlichen Sprechzeiten und im Internet auf der Seite der Stadt unter der Rubrik Termine und Bekanntmachungen (amtliche Verkündungen) einsehen können. In der Bekanntmachung des Beschlusses ist auf den Ort der Einsichtnahmemöglichkeit und die Internetadresse hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis: 42:01:00

8.14 Abwägung der im Rahmen der 5. Änderung des Flächennutzungsplans - Stadtteil Dessau - eingegangenen Stellungnahmen
Vorlage: BV/400/2015/VI-61

1. Die während der frühzeitigen Beteiligung und der förmlichen Beteiligung nach §§ 3 und 4 BauGB zur 5. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau der Stadt Dessau-Roßlau zur Errichtung einer Bioabfall-Verwertungsanlage (BAV) im Bereich der ehemaligen Deponie („Scherbelberg“) an der Kochstedter Kreisstraße vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, als es in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage angegeben ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Nachbargemeinden, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie den anerkannten Naturschutzverbänden, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis: 42:01:00

8.15 Feststellungsbeschluss zur 5. Änderung des Flächennutzungsplans vom Stadtteil Dessau für die Errichtung einer Bioabfall-Verwertungsanlage im Bereich der ehemaligen Deponie ("Scherbelberg")
Vorlage: BV/401/2015/VI-61

1. Die 5. Änderung des Flächennutzungsplans vom Stadtteil Dessau für die Errichtung einer Bioabfall-Verwertungsanlage im Bereich der ehemaligen Deponie („Scherbelberg“) wird beschlossen. Die zugehörige Begründung mit dem Umweltbericht wird gebilligt.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die 5. Flächennutzungsplanänderung der höheren Verwaltungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen und die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist anzugeben, wo die Planänderung mit Begründung und Umweltbericht während der Dienstzeiten eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: 41:00:02

8.16 Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet I (A2) an der ehemaligen Deponie" eingegangenen Stellungnahmen
Vorlage: BV/402/2015/VI-61

1. Die während der frühzeitigen Beteiligung und der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 3 und § 4 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 101 „Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet I (A2) an der ehemaligen Deponie“ vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage angegeben ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Nachbargemeinden, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis: 40:02:01

8.17 Beschlussfassung über den Bebauungsplan Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte", Teilgebiet (A2) an der ehemaligen Deponie
Vorlage: BV/403/2015/VI-61

1. Aufgrund der §§ 2, 8 und 10 BauGB in der geltenden Fassung beschließt der Stadtrat den Bebauungsplan Nr. 101 „Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet I (A2) an der ehemaligen Deponie“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung vom 24. November 2015 als Satzung.
2. Die beiliegende Begründung (Anlage 3) zum Bebauungsplan Nr. 101 „Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet I (A2) an der ehemaligen Deponie“ wird gebilligt.
3. Dieser Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen. Mit der Bekanntmachung tritt die Satzung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 40:00:03

8.18 6. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau für den Ersatzneubau Schwimmhalle mit Ausgleichsflächen/Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
Vorlage: BV/428/2015/VI-61

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass in der Anlage 1, Seite 5 der Beschlussvorlage das unter Anlage 6 aufgeführte Datum 18. Dezember 2015 in 30. November 2015 zu ändern ist.

1. Die während der frühzeitigen Beteiligung und der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 3 und § 4 BauGB zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage angegeben ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Nachbargemeinden, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.
3. Die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau mit dem Titel Ersatzneubau Schwimmhalle mit Ausgleichsflächen in der Fassung vom 18. Dezember 2015 (Anlage 3) wird beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht (Anlage 4) und weiteren Anhängen entsprechend der Anlagen 5 und 6 wird gebilligt.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 6 Abs. 1 BauGB der höheren Verwaltungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Nach § 6 Abs. 5 Satz 1 BauGB ist die Erteilung der Genehmigung ortsüblich bekannt zu machen.

5. Dabei ist anzugeben, wo der Plan einschließlich der Begründung und der beizufügenden zusammenfassenden Erklärung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft gegeben werden kann.

Abstimmungsergebnis:43:00:00

**8.19 Festlegung der Förderprojekte für die Antragsstellung
STARK III EFRE und STARK III ELER und Finanzierung der Entwurfs-
planungen
Vorlage: BV/397/2015/VI-65**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf die zu Beginn der Stadtratssitzung ausgereichten Austauschblätter mit geänderten Zahlen (Anlage 1, Seite 4 und Anlage 2).

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, ging auf die Beratung im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt ein, in der eine ausführliche Diskussion zu den Rahmenbedingungen der möglichen Beantragung geführt wurde. Die Unterlagen werfen in ihrer Klarheit Fragen auf. Das Team von Herrn Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, war gut vorbereitet, obwohl der Zeitpunkt zur Beantragung sehr eng bemessen ist. Eine Frage wäre auch, ob man das hinsichtlich des Leistungsvermögens der entsprechenden Bereiche hinbekommt. Sein Kompliment sprach er dem Amt für Zentrales Gebäudemanagement und dem Dezernat dafür aus, dass sie sich dieser Aufgabe stellen, denn es werde nicht einfach sein. Ihn freut es, dass die finanztechnische Seite im Beisein von Frau Nußbeck geklärt wurde. Damit habe er ein gutes Gefühl, dass die Unterlagen soweit vorbereitet werden, dass, wenn sie abrufbereit sein müssen, auch vorliegen.

1. Für die unten genannten Projekte wird zur Vorbereitung der Antragstellung STARK III die Planung bis zur Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) beauftragt.
2. Die notwendigen Planungsmittel werden vorfristig zu 100 % aus Eigenmitteln bereitgestellt und freigegeben.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**8.20 Gesamtmaßnahmebeschluss
Sanierung und Ausstattung der Sekundarschule "An der Biethe" einschl. Außenanlagen, Goethestraße 1 (Haus 1) in 06862 Dessau-Roßlau
STARK III - 2. Förderperiode
Vorlage: BV/411/2015/VI-65**

1. Die Sanierung des Schulgebäudes einschließlich Ausstattung und Außenanlage am zukünftigen Standort Goethestraße 1 (Haus 1) in 06862 Dessau-Roßlau, auf der Grundlage der beiliegenden Vorplanung mit geschätzten Gesamtkosten in

Höhe von 9,7 Mio. € (brutto), wird vorbehaltlich der gesicherten Finanzierung gem. Finanzierungskonzept beschlossen.

2. Das Zentrale Gebäudemanagement wird beauftragt, die Maßnahme nach Abschluss der Entwurfsplanung zum Förderprogramm STARK III plus anzumelden.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

8.21 Radverkehrskonzept der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: BV/317/2015/VI-66

Herr Mau, CDU-Fraktion, dankte allen Beteiligten für die Ausarbeitung des Konzeptes. Er bat darum, dass das Radverkehrskonzept der Stadt Dessau-Roßlau überregional durch die Stadtentwicklung, Frau Schlonski, verfolgt wird. Er, Herr Mau, ist von Herrn Professor Koppers von der Hochschule Anhalt-Köthen angesprochen worden, der einige Ideen hat, weshalb er um eine entsprechende Kontaktaufnahme bittet. Vielleicht könne von der Stadtgrenze aus der Radweg Richtung Köthen weiter bis in den Harz verfolgt werden. Weiterhin verwies er darauf, dass die Beschlussvorlage gemäß § 4 Abs. 7 der Hauptsatzung im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus hätte beraten werden müssen. In Zukunft sollten die Zuständigkeiten der Ausschüsse beachtet werden.

1. Die im Rahmen des Beteiligungsverfahrens geäußerten Anregungen und Bedenken werden entsprechend des Abwägungsergebnisses in den Entwurf des Radverkehrskonzeptes der Stadt Dessau-Roßlau vom 06. Mai 2015 aufgenommen.
2. Der Entwurf des Radverkehrskonzeptes der Stadt Dessau-Roßlau wird einschließlich der Änderung des Abwägungsergebnisses beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:01:01

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

11 Schließung der Sitzung

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wurde die Sitzung des Stadtrates durch seinen Vorsitzenden, Herrn Ehm, um 19:16 Uhr geschlossen

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schritfführer